

USA: Gefährlicher Abstieg – die Gegenbewegung hat begonnen

Interview mit dem Kölner Publizisten Werner Rügemer über die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und ihre Umsetzung in Europa, im Nahen Osten, im Fernen Osten und im Ukraine-Krieg. Weiterhin wollen die USA auf jedes Land der Welt, auf jede Organisation und jede Person zugreifen können, aber ihre Macht wackelt.

Felicitas Rabe interviewt Dr. Werner Rügemer

02.05.2026

<https://gegenzensur.rtdeworld.meinung/278680-usa-gefaehrlicher-abstieg-gegenbewegung-hat/>

Die Trump-Regierung hat im Dezember 2025 die Nationale Sicherheits-Strategie der USA veröffentlicht: Was besagt sie und was folgt bisher daraus?

In der [nationalen Sicherheitsstrategie](#) unter Trump heißt es wortwörtlich: "Amerika bleibt, mit seinen gottgegebenen natürlichen Rechten die größte und erfolgreichste Nation der Menschheitsgeschichte. (...) Um unser nationales Interesse zu schützen, wollen wir das mächtigste, tödlichste und technologisch am höchsten entwickelte Militär der Welt. (...) Wir wollen Kriege verhindern oder sie notfalls schnell und endgültig gewinnen, mit möglichst geringen Verlusten für unsere eigenen Kräfte."

Weiter steht darin: "Wir wollen die stärkste, höchstentwickelte Wirtschaft der Welt sein, mit der robustesten industriellen Basis, auch für die Militärproduktion." ([National Security Strategy of the United States of America, Seite 3](#))

Für diese Ziele soll auch die Lügenproduktion weltweit weitergehen. Diesbezüglich lautet die Botschaft in der Strategie:

"Wir wollen Amerika erhalten als einzigartige 'soft power', mit der wir unseren Einfluss über die ganze Welt ausüben, für unser nationales Interesse."

Trump hat das US-Militärbudget, das bisher mit einer Billion US-Dollar schon größer war als die Militärbudgets der nächsten 10 Staaten zusammen, jetzt um 50 Prozent auf 1,5 Billionen US-Dollar erhöht – historisch einmalig. Zudem hat Trump das seit 1947 sogenannte "Verteidigungs"-Ministerium (Department of Defense) jetzt wieder rückbenannt in "Kriegs"-Ministerium (Department of War), wie es seit 1789 sowieso immer hieß. Die UNO hat er für überholt erklärt.

Die meisten US-Präsidenten veröffentlichten ihre "Nationale" Sicherheitsstrategie. National heißt dabei, dass nur die USA als einzige Nation souverän und sicher bleiben – auf jeden anderen Staat, jede Organisation, jede Person überall auf der Erde wollen die USA zugreifen.

Was bedeutet die Strategie aktuell für Israel, die Golfstaaten und den Iran?

Der reichste israelisch-US-amerikanische Staatsbürger, Sheldon Adelson, hat seine Milliarden als "Casino-Mogul" gemacht, in Las Vegas, Singapur und Macao. Er finanzierte – zusätzlich zu den bekannten Israel-Lobby-Organisationen – seit den 1990er Jahren Trump und Netanjahu gleichzeitig und brachte sie politisch nach oben.

In seiner ersten Amtszeit holte Trump einige Golfstaaten mithilfe der [Abraham Accords](#) zusammen: Dabei beendeten sie ihre Unterstützung für die Palästinenser und anerkannten Israel diplomatisch. Die Biden-Regierung setzte das fort. In seiner zweiten Amtszeit kündigte Trump während des israelischen Völkermords in Gaza an: "Hier werden wir die Riviera des Mittleren Ostens errichten", mit Hotels, Immobilien, Tourismus.

So entstand das Konzept der neuen, wichtigsten globalen Investment-Region der USA: Groß-Israel mit Libanon, Syrien und mit den Golfstaaten: neueste Rüstungsindustrie, riesige Datacenter, Luxus-Immobilien, Infrastruktur, Sport- und Medien-Events, Tourismus. Das soll die US-Digitalkonzerne und Investoren wie BlackRock mit der israelischen Überwachungs- und Tötungsindustrie und den ebenso milliardenschweren Staatsfonds Saudi-Arabiens, Katars, der Vereinigten Arabischen Emirate usw. verbinden.

Der Iran wurde 1979 von den USA mit Sanktionen belegt, nachdem die von den USA 1953 eingesetzte Schah-Diktatur durch einen Volksaufstand weggefegt worden war. In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht unterstützte der Iran die von Israel bekämpften Palästinenser, für ihren von der UNO unterstützten eigenen Staat. Seit einem Jahrzehnt wurde der Iran ein wichtiger Standort der von China ausgehenden Neuen Seidenstraße. Die USA und Israel führen Krieg gegen den Iran, weil dieser für die neue Investment-Region angeblich eine Gefahr darstelle.

Freilich kann sich der Iran "überraschend" ungleich besser wehren, als die USA und Israel glaubten: Der Iran kann Raketen nach Israel schicken, kann US-Militärstützpunkte in den Golfstaaten schädigen, kann die Ölindustrie dieser US-Komplizen schädigen und den Öltransport durch die Meerenge von Hormuz kontrollieren. Die Golfstaaten als "beste Freunde" der USA werden in diesem Krieg nicht geschützt, sondern geschädigt – sie suchen Auswege. Die USA schädigen die Weltwirtschaft auf allen Kontinenten, ihr Ansehen sinkt weiter.

Trump hatte vor seiner Wahl versprochen: Ich beende den Krieg der Ukraine! Ziehen sich die USA tatsächlich zurück?

Nein. Trump ändert nur die Methoden. Die Ukraine kann den Krieg nicht gewinnen. Allerdings dient der Krieg als Übungsfeld für neueste Militärtechnik – Stichwort "Drohnen" –, und um damit das russische Militär zu testen, bzw. dient der Krieg als Testfeld für den Krieg gegen Russland.

Auch operativ wird der Krieg der ausgelaugten, überschuldeten, von NATO, EU, Weltbank und BlackRock abhängigen Ukraine weiter vom US-Militär geführt – mithilfe der Daten von US-Satelliten. Beteiligt sind neben den traditionellen US-Rüstungskonzernen auch neuere wie Palantir, die zur Trump-Truppe gehören – und zunehmend israelische Rüstungsunternehmen.

Schließlich liefern die USA weiterhin Waffen an die Ukraine – nur dass dafür inzwischen die europäischen NATO-Staaten wie Deutschland und die EU dies bezahlen. Die europäischen NATO-Staaten haben auf Kommando von Trump ihre Rüstungsbudgets auf 5 Prozent erhöht. Sie hetzen gegen die "russische Gefahr", bauen ihre eigene Rüstungsindustrie aus und wollen den verlorenen Stellvertreterkrieg der Ukraine übernehmen. Mit der Fortsetzung des Ukraine-Kriegs durch die Europäer will Trump Russland erpressen. Die USA wollen Sicherheitsgarantien dafür, dass US-Konzerne – unter Koordination von BlackRock – langfristig den "Wiederaufbau" der Ukraine anführen. Das beinhaltet auch die Ausbeutung der Seltenen Erden.

Wie sieht Trumps Nationale Sicherheitsstrategie in Lateinamerika aus?

Unter Trump haben die USA in Mittelamerika, etwa über ihr Protektorat Puerto Rico, militärisch aufgerüstet. Der Staat Venezuela wurde von den USA seit der dortigen Verstaatlichung der US-Öl-Raubkonzerne unter Präsident Hugo Chávez sanktioniert und verarmt. Die USA haben interne Regierungsgegner zu "Menschenrechtlern" inszeniert und finanziert. Monatelang suchten und finanzierten sie dort durch eingeschleuste Geheimdienstler Verbündete. Sie erkundeten die Lebens- und Wohnverhältnisse des Regierungschefs Maduro, kidnappten ihn und stellten ihn mit einer Lügengeschichte über Drogenhandel in New York langfristig vor Gericht.

Seitdem ist Venezuela ebenfalls ein US-Protektorat: Die bisherige Stellvertreterin Maduros, Delcy Rodríguez, leitet als Marionette die Regierung: Durch US-Anweisungen sind alle Führungskräfte in Regierung, Militär, in den Medien und wichtigen Unternehmen ausgetauscht, das Öl wird durch US-Beauftragte verkauft und die Ölindustrie wird durch US-Investoren neu aufgebaut.

Außerdem dürfen weder Venezuela, noch das erpresste Mexiko, weiter Öl an Kuba liefern. Der Inselstaat wird seit 64 Jahren von den USA sanktioniert und verarmt – hier will Trump jetzt die endgültige Lösung. Gleichzeitig sammelt und subventioniert Trump die paar neuen rechtsradikalen Regierungschefs, die in

Lateinamerika hochkommen, so den Kettensägen-Diktator Milei in Argentinien, Kast in Chile, Bukele in San Salvador.

Trump wollte im März den chinesischen Präsidenten Xi Jinping treffen, hat dann aber den Termin auf Mai verschoben. Wie sieht das Verhältnis USA – China aus?

Schon Trumps Vorgänger Obama hatte 2011 die Volksrepublik China zum neuen Haupt- und Systemfeind erklärt. Genau wie gegenüber Russland spricht Trump auch gegenüber China von Frieden und Stabilität. Unterdessen erhöhen die US-Vasallen in Asien – Japan, Südkorea, Australien, Taiwan – auf Trumps Kommando ihr Militärbudget auf mindestens fünf Prozent – gegen China.

Doch durch den von Trump noch beschleunigten Völkermord Israels in Palästina und dann durch den Krieg gegen den Iran hat sich die Stimmung in den arabischen Staaten gewandelt: China löste die USA ab und ist nun der beliebteste Staat in der Region, so in Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Syrien, Tunesien. Das ergab eine Umfrage, auf die sich der Artikel "[America Has Lost the Arab World](#)" (Amerika hat die arabische Welt verloren) in der außenpolitischen Zeitschrift der USA, Foreign Affairs, vom 7.4.2026 bezieht.

China arbeitet eng mit Pakistan, Russland und weiteren Staaten zusammen, um zwischen den USA und dem Iran zu vermitteln. Während China wirtschaftlich und technologisch aufsteigt, steigt in Trumps USA die Arbeitslosigkeit weiter an – trotz riesiger US-Staatssubventionen für den Bau neuer Fabriken. US-Technologie im militärischen wie im zivilen Bereich erweist sich vielfach als unterlegen.

Weil Trumps "Amerika" gegenüber China absteigt, vergreifen sich die Trumpisten an den schwächeren Kooperationspartnern Chinas: an Venezuela, Kuba und dem Iran. Und weil Trump nicht weiß, wie er sich in China als Friedensmacher und strahlender Vertreter der "erfolgreichsten Nation der Menschheitsgeschichte" inszenieren kann, verschiebt er seinen Chinabesuch.

Die seit dem Zweiten Weltkrieg wichtigsten "Freunde" der USA, die europäischen NATO-Staaten, wollen jetzt angeblich gegenüber Trump "mehr Souveränität" – wie bewerten Sie das?

"Mehr europäische Souveränität" forderte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel schon 2018. Sie forderte Aufrüstung und eine europäische Armee: Ein solches Europa könne "Großes leisten". Ähnlich sprach der französische Staatspräsident Emmanuel Macron.

Das Gegenteil ist hier der Fall: Die wichtigsten Vorgaben für Europa kommen von Trump aus den USA. Die NATO weiter gegen Russland ausweiten, die Militärbudgets auf fünf Prozent erhöhen, das teure US-Frackinggas kaufen, US-Rüstung für die Ukraine bezahlen, erhöhte Zölle für den Export in die USA. Außerdem sollen die führenden Konzerne Europas mehr in den USA investieren.

Allerdings entwickeln sich in diesem "westlichen Lager" gleichzeitig neue Brüche. Kanadas Premierminister Mark Carney erklärte im Januar 2026 vor dem Weltwirtschaftsforum: Die USA erweisen sich als unzuverlässig. Wir halten uns an die UN-Charta, kooperieren mehr mit anderen Mittelmächten und schließen jetzt Wirtschaftsabkommen mit China.

Die spanische Regierung unter Pedro Sánchez verbot den USA die Nutzung von US-Militärstützpunkten für den Krieg gegen den Iran. Während eines mehrtägigen Besuchs schloss sie aktuell mehrere Wirtschaftsabkommen mit China und fördert chinesische Investitionen in Spanien. Nach seiner Chinareise organisierte Sanchez ein internationales Treffen unter dem Motto "Verteidigung der Demokratie". Dazu eingeladen waren nicht nur die europäischen Staaten, sondern auch BRICS-Staaten wie Brasilien und Südafrika.

Das sind wichtige Brüche, aber sie sind noch halbherzig, teilweise heuchlerisch. Der Völkermord Israels wird weiter unterstützt und der Iran als Kriegsverursacher angeklagt. Russland wird verhetzt, weil es angeblich ganz Europa überfallen will. Weder Carney noch Sánchez fordern den Abzug der US-Militärstützpunkte. Ebenso wenig fordern sie den Austritt aus der US-geführten NATO. Zudem setzen EU-Führer wie der deutsche Kanzler Merz mit ihrer forcierten antirussischen Hochrüstung Europa der Gefahr eines Atomkriegs aus. Dieser wird von den USA als Möglichkeit vorbereitet – wie schon im angeblich "Kalten Krieg".

Sie sprechen von der "Amerikanisierung Europas": Was meinen Sie damit?

Bei der US-geführten NATO und den zusätzlichen US-Militärstützpunkten in Europa – die auch wichtige Knotenpunkte der globalen US-Kriege sind, wie jetzt gegen den Iran – handelt es sich um den militärischen Teil der "Amerikanisierung Europas". Gleichzeitig wird Europa auch "wirtschaftlich amerikanisiert".

Bis zum Ende der Sowjetunion haben Konzerne und Banken aus den USA nur Filialen in Europa betrieben. Aber seit etwa dem Jahr 2000 haben die neuen US-Kapitalorganisatoren, die Hedgefonds, Private Equity-Fonds und vor allem die ganz großen wie BlackRock, Vanguard, State Street & Co. sich als führende Aktionärsgruppen in den wichtigsten Unternehmen und Banken Europas etabliert – etwa in den 40 DAX-Konzernen und weiteren 150 großen Unternehmen in Deutschland.

Niemand hat so viele Aktien "deutscher" Unternehmen wie BlackRock, immer zusammen mit anderen dieser US-Investoren. BlackRock ist der größte Aktionär im deutschen Wohnungsmarkt, größter Aktionär im größten "deutschen" Rüstungskonzern Rheinmetall und so weiter.

Begleitet werden BlackRock & Co. in Europa von US-Unternehmensberatern wie McKinsey und Accenture, von Wirtschaftsprüfern wie PWC und E&Y, die nicht nur die Konzerne, sondern auch die

Regierungen beraten. Die drei führenden US-Ratingagenturen S&P, Moody's und Fitch legen die Kreditbedingungen für alle EU-Staaten fest, ebenso für die großen Unternehmen und Banken.

So ist zum Beispiel auch in Deutschland eine Wirtschaft nach US-Vorbild entstanden. Der aktuelle deutsche Regierungschef Merz war von 2016 bis 2020 hoch bezahlter Funktionär der BlackRock-Tochtergesellschaft für Deutschland und hat den Ausverkauf der wichtigsten Unternehmen befördert – lautlos und gedeckt von den Bundesregierungen und den Leitmedien.

Wie in den USA ist Deutschlands Wirtschaft extrem gespalten: Den großen, auch global aktiven Konzernen mit ihren BlackRock-Aktionären geht es so gut wie nie. Der Aktienwert im DAX stieg seit der "Krise" im Jahr 2020 so hoch wie nie und schwankt nun ständig um die 25.000. Gewinnausschüttungen und Boni für die Vorstände sind ebenfalls so hoch wie nie. Deutsche Steuergelder fließen in Form von staatlichen Subventionen an BlackRock & Co. Gleichzeitig bezahlen US-Konzerne und vor allem US-Digitalkonzerne in Deutschland und Europa kaum Steuern – da ist keine Krise!

Um sie herum stirbt die Wirtschaft: Die Insolvenzen im Mittelstand und bei Selbstständigen nehmen seit der Pandemie-Politik weiter zu und die Arbeitslosigkeit steigt. Die Infrastruktur der Städte ist entweder kaputt oder privatisiert und überteuert. Die deutsche Regierung unter dem BlackRock-Kanzler Merz baut den bisherigen Sozialstaat ab. Die gesetzliche Rente der abhängig Beschäftigten ist laut Merz nur noch ein Auslaufmodell – wie in den absteigenden und noch aggressiveren USA.

Die demokratische Souveränität Europas braucht einen neuen, historischen Anlauf. Dazu gibt es schon zahlreiche Initiativen. Sie müssen die beginnenden Brüche im US-geführten Kapitalismus noch genauer erkunden und auch außerhalb Europas neue Bündnispartner finden.

Der Kölner Publizist [Dr. Werner Rügemer](#) ist Mitglied in der [World Association for Political Economy](#) und Mitherausgeber der Zeitschrift [World Marxist Review](#). Im Jahr 2023 veröffentlichte er das Buch "Verhängnisvolle Freundschaft – Wie die USA Europa eroberten", Papyrossa Verlag. Darin beschreibt er die Außenpolitik der USA seit ihrer Gründung als Sklavenstaat. Das Buch wurde auch in spanischer, französischer, englischer und griechischer Sprache veröffentlicht. Dieses Jahr wird es zudem in türkischer und chinesischer Ausgabe erscheinen. Seine jüngste Veröffentlichung: "BlackRock Germany. Die heimliche Weltmacht, ihre Praktiken in Deutschland und Friedrich Merz", Verlag Hintergrund, 2. Auflage, Berlin 2025